

BERLIN**Selbsthilfe-Kontakt- und Informationsstelle**

Als Ergänzung zu den vielfältigen Selbsthilfeeinrichtungen in Berlin wurde jetzt eine Selbsthilfe-Kontakt- und Informationsstelle (SEKIS) gegründet. Träger der Einrichtung, die vom Senat von Berlin gefördert wird, sind der überregionale Gesamtverband und der Berliner Landesverband des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV).

Die Aufgaben von SEKIS: Sie soll Informationen und Kontakte vermitteln für Personen, die an Selbsthilfe interessiert sind, den Gedanken der Gesundheitsselbsthilfe bei Betroffenen und Experten fördern und verbreiten, entstehende Selbsthilfegruppen in organisatorischer Hinsicht unterstützen und ein System der Kooperation zwischen Selbsthilfegruppen untereinander und zu außenstehenden Experten aufbauen.

Die Beratungsstelle wird im Zentrum der Stadt in den Räumen des ehemaligen Albrecht-Achilles-Krankenhauses untergebracht. Fünf Mitarbeiter sollen ihre Tätigkeit im Mai beginnen. Die Einrichtung mit ihren Gesamtkosten von jährlich etwa 450 000 DM finanziert der Berliner Senator für Gesundheit, Soziales und Familie aus Förderungsmitteln des vom Berliner Senat beschlossenen Selbsthilfeprogramms.

Klaus Dörrie, Hauptgeschäftsführer des DPWV, berichtete vor der Presse, nach seinen Erfahrungen sei es für einen professionellen Wohlfahrtsverband zwecklos, sein eigenes Hilfskonzept auf Selbsthilfegruppen zu übertragen. Sein Verband werde daher in der Berliner Beratungsstelle die Wünsche der ratsuchenden Gruppen und Einzelpersonen erforschen und nach Möglichkeit verwirklichen. Die Beratungsstelle könne nur erfolgreich sein, wenn die einzelnen

Gruppen selbst eine Begleitung ihrer Arbeit wünschten und die Angebote der Beratungsstelle, beispielsweise die Vermittlung von Kontakten zu Ärzten, annehmen.

Das Konzept der Beratungsstelle, das Dörrie „Berliner Modell“ nannte, sieht langfristig vor, die einzelnen Gruppen zu einem eigenen gemeinnützigen Träger zusammenzuführen. Dörrie hofft, daß sich das Berliner Projekt auch positiv auf die Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfegruppen und herkömmlichen Wohlfahrtsverbänden in der Bundesrepublik auswirkt.

Ulf Fink, Berliner Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, bezeichnete das neue Beratungszentrum als ein Kernelement der Selbsthilfepolitik des Senats. Der Gedanke der Selbsthilfe und bereits bestehende Aktivitäten auf diesem Gebiet würden so zusätzlich gefördert. Besonders hervorzuheben sei, daß ein Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik Deutschland die Trägerschaft für SEKIS übernommen habe. Damit werde der Modellcharakter der Berliner Selbsthilfepolitik für das übrige Bundesgebiet hervorgehoben.

Berlin stellt als einziges Bundesland Haushaltsmittel für Selbsthilfegruppen bereit. Für 1983 hat der Senat für die Selbsthilfeinitiativen 7,5 Millionen DM eingeplant. Insgesamt haben etwa 200 Gruppen Förderungsanträge gestellt. JK

Neue Tarifregelung erfordert 129 Arztstellen

Wenige Wochen nach der Anfang des Jahres in Kraft getretenen Neuregelung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes hatten die Berliner Krankenhäuser 75 Ärzte zusätzlich eingestellt. Im Zuge der Umstellung auf die Neuregelung ist die Beschäftigung von weiteren 54 Ärzten geplant. EB

BADEN-WÜRTTEMBERG**Minister befürchtet Ärzte-Schwemme**

Ein wachsendes Überangebot an Ärzten wird nach Auffassung des baden-württembergischen Sozialministeriums zu einer sinkenden Qualität der ärztlichen Leistungen sowie einem wachsenden Kostendruck auf die Krankenversicherung führen. Dies geht aus der Antwort des Ministeriums auf eine parlamentarische Anfrage hervor.

Nach den Erkenntnissen des Sozialministeriums übersteigen die Zulassungszahlen zum Medizinstudium den Bedarf an Ärzten „ganz erheblich“. Allerdings sei der Zeitpunkt einer „Überfüllung des Ärztestandes“ noch nicht vorzusagen. Mit einem Stellenzuwachs in den Krankenhäusern Baden-Württembergs, wo derzeit über 10 600 Ärzte beschäftigt sind, ist nach Auffassung des Ministeriums nicht zu rechnen. In den allgemeinen Krankenhäusern gibt es den Angaben der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft zufolge keine freien Stellen mehr. Bis 1990 seien im öffentlichen Gesundheitsdienst rund 500 Arztstellen, in den Landeskrankenhäusern, Versorgungskrankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen etwa 45 frei werdende Stellen zu besetzen, teilte das Ministerium weiter mit.

Demgegenüber geht die Krankenhausgesellschaft davon aus, daß infolge der neuen Regelung zur Begrenzung des Bereitschaftsdienstes mit zusätzlich 1000 Arztstellen gerechnet werden müsse. Allerdings will das Sozialministerium Stellenvermehrungen durch „geeignete organisatorische Maßnahmen“ vermeiden. Zur Bewältigung eines „Ärzteberges“ seien unter anderem eine Veränderung der ärztlichen Tätigkeitsfelder, die Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum sowie eine vorzeitige Aufgabe von Arztpraxen zu erwägen. dr